

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Schule und Berufsbildung

Schriftliche Abiturprüfung

Geschichte

Hinweise und Beispiele zu den
zentralen schriftlichen Prüfungsaufgaben

Internetausgabe

Impressum

Herausgeber:

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Schule und Berufsbildung
Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung
Felix-Dahn-Straße 3, 20357 Hamburg

Referatsleitung Gesellschaftswissenschaftlicher

Unterricht: Martin Speck

Fachreferent Geschichte: Dr. Philipp Heyde

Diese Veröffentlichung beinhaltet Teile von Werken, die nach ihrer Beschaffenheit nur für den Unterrichtsgebrauch in Hamburger Schulen sowie für Aus- und Weiterbildung am Hamburger Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung bestimmt sind.

Eine öffentliche Zugänglichmachung dieses für den Unterricht an Hamburger Schulen bestimmten Werkes ist nur mit Einwilligung des Landesinstituts für Lehrerbildung und Schulentwicklung zulässig.

Veröffentlicht auf: www.li.hamburg.de/publikationen/abiturpruefung

Hamburg 2012

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4	
1	Regelungen für die schriftliche Abiturprüfung	5
2	Anforderungsbereiche	6
3	Liste der Operatoren	7
4	Aufgabenbeispiele	8
4.1	grundlegendes Anforderungsniveau	8
	Aufgabe 1: Die Goldhagen Kontroverse	8
	Aufgabe 2: Die Reichstagsdebatte um das Unfallversicherungsgesetz	13
4.2	erhöhtes Anforderungsniveau	18
	Aufgabe 1: Die Frontier	18
	Aufgabe 2: Danton fordert die Einsetzung einer provisorischen Regierung	22

Vorwort

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die hier vorgelegten Beispielaufgaben für Geschichte stammen teils aus den Einheitlichen Prüfungsanforderungen, teils aus Abiturprüfungen der vergangenen Jahre, zum Teil sind sie auch eigens für dieses Heft erstellt worden. Diese Beispiele machen deutlich, welche Aufgabenarten und welches Anforderungsniveau auf Ihre Schülerinnen und Schüler im Abitur zukommen. Bei der Auswahl wurde darauf geachtet, dass

- alle vier verbindlichen Semesterthemen berücksichtigt werden
- beide Aufgabentypen berücksichtigt werden
- bei der Art der Aufgabenstellung und Material möglichst variiert wird.

Wir hoffen, Sie mit diesen Beispielaufgaben in Ihrem Geschichtsunterricht in der Oberstufe und besonders bei der Vorbereitung auf das Abitur zu unterstützen.

Dr. Philipp Heyde
Fachreferent Geschichte

Martin Speck
Referatsleitung Gesellschaftswissenschaftlicher Unterricht

1 Regelungen für die schriftliche Abiturprüfung

Der Fachlehrkraft

- werden **drei** Aufgaben (I, II und III) zu **zwei** unterschiedlichen Schwerpunkten vorgelegt. Die jeweiligen Schwerpunktthemen entnehmen Sie bitte den *Regelungen für die zentralen schriftlichen Prüfungsaufgaben* des entsprechenden Jahrgangs.

Der Prüfling

- erhält **alle drei** Aufgaben,
- wählt davon **eine** Aufgabe aus und bearbeitet diese,
- überprüft vor Bearbeitungsbeginn die Vollständigkeit der vorgelegten Aufgaben (Anzahl der Blätter, Anlagen usw.),
- vermerkt auf der Reinschrift, welche Aufgabe sie/ er bearbeitet hat.

Aufgabenarten: a) Interpretieren von Quellen
b) Erörtern von Erklärungen historischer Sachverhalte aus Darstellungen

Bearbeitungszeit: Grundlegendes Niveau: **240** Minuten
Erhöhtes Niveau: **300** Minuten

Der Arbeitszeit wird eine Lese- und Auswahlzeit von 30 Minuten vorgeschaltet. In dieser Zeit darf noch nicht mit der Lösung der Aufgaben begonnen werden.

Hilfsmittel: Rechtschreibungswörterbuch und Fremdwörterlexikon

Grundlage der schriftlichen Abiturprüfung ist der Rahmenplan Geschichte in der Fassung von 2009 mit den dort genannten Anforderungen für das grundlegende sowie für das erhöhte Niveau (Kapitel 3.2).

Für die Schwerpunktthemen des Abiturs ist jeweils nicht mehr als die Hälfte der Unterrichtszeit eines Semesters vorgesehen.

Die in den zentralen schriftlichen Abituraufgaben verwendeten **Operatoren** (Arbeitsaufträge) werden in Kapitel 3 in der Operatorenliste genannt und erläutert.

2 Anforderungsbereiche

Die Anforderungen in der Abiturprüfung unterscheiden sich nach der Art, der Komplexität und dem Grad der Selbstständigkeit der geforderten Leistung; sie verlangen unterschiedliche Arbeitsweisen. Zur Erhöhung der Transparenz und Vergleichbarkeit lassen sich drei Anforderungsbereiche beschreiben, ohne dass in der Praxis der Aufgabenstellung die drei Anforderungsbereiche immer scharf voneinander getrennt werden können. Daher ergeben sich Überschneidungen bei der Zuordnung der Teilaufgaben zu Anforderungsbereichen. Im Laufe der Arbeit auf der Studienstufe sind die Schülerinnen und Schüler dahin zu führen, dass sie erkennen, auf welcher Ebene sie gemäß der Aufgabenstellung arbeiten sollen.

Die zentralen Aufgaben der schriftlichen Abiturprüfung ermöglichen Leistungen in den folgenden drei Anforderungsbereichen mit einem Schwerpunkt im Anforderungsbereich II. „Gute“ oder „sehr gute“ Leistungen setzen angemessene Ergebnisse auch im Anforderungsbereich III voraus.

Anforderungsbereich I

Der Anforderungsbereich I umfasst das Wiedergeben von Sachverhalten aus einem abgegrenzten Gebiet und im gelernten Zusammenhang unter rein reproduktivem Benutzen eingeübter Arbeitstechniken. Dies erfordert vor allem Reproduktionsleistungen, insbesondere:

- Wiedergeben von historischem Fachwissen,
- Bestimmen der Quellenart,
- Unterscheiden zwischen Quellen und Darstellungen,
- Entnehmen von Informationen aus Quellen und Darstellungen,
- Bestimmen von Raum und Zeit historischer Sachverhalte.

Anforderungsbereich II

Der Anforderungsbereich II umfasst das selbstständige Erklären, Bearbeiten und Ordnen bekannter Inhalte und das angemessene Anwenden gelernter Inhalte und Methoden auf andere Sachverhalte. Dies erfordert vor allem Reorganisations- und Transferleistungen, insbesondere:

- Erklären kausaler, struktureller bzw. zeitlicher Zusammenhänge,
- sinnvolles Verknüpfen historischer Sachverhalte zu Verläufen und Strukturen,
- Analysieren von Quellen oder Darstellungen,
- Konkretisieren bzw. Abstrahieren von Aussagen der Quelle oder Darstellung.

Anforderungsbereich III

Der Anforderungsbereich III umfasst den reflexiven Umgang mit neuen Problemstellungen, den eingesetzten Methoden und gewonnenen Erkenntnissen, um zu eigenständigen Begründungen, Folgerungen, Deutungen und Wertungen zu gelangen. Dies erfordert vor allem Leistungen der Reflexion und Problemlösung, insbesondere:

- Entfalten einer strukturierten, multiperspektivischen und problembewussten historischen Argumentation,
- Diskutieren historischer Sachverhalte und Probleme,
- Überprüfen von Hypothesen zu historischen Fragestellungen,
- Entwickeln eigener Deutungen,
- Reflektieren der eigenen Urteilsbildung unter Beachtung historischer bzw. gegenwärtiger normativer Kategorien.

3 Liste der Operatoren

Anforderungsbereich I	nennen	zielgerichtet Informationen zusammentragen, ohne diese zu kommentieren
	bezeichnen skizzieren	Sachverhalte, Probleme oder Aussagen formulieren
	darstellen beschreiben zusammenfassen	Sachverhalte unter Beibehaltung des Sinnes auf Wesentliches reduzieren
	Anforderungsbereich II	analysieren untersuchen
begründen nachweisen		These oder Wertungen durch Argumente stützen, die auf historischen Beispielen und anderen Belegen gründen
charakterisieren		historische Sachverhalte in ihren Eigenarten beschreiben und diese dann unter einem bestimmten Gesichtspunkt zusammenfassen
einordnen		einen oder mehrere historische Sachverhalte in einen Zusammenhang stellen
erklären		historische Sachverhalte durch Wissen und Einsichten in einen Zusammenhang (Theorie, Modell, Regel, Funktionszusammenhang) einordnen und deuten
erläutern		wie „erklären“, aber durch zusätzliche Informationen und Beispiele verdeutlichen
herausarbeiten		aus Materialien bestimmte historische Sachverhalte herausfinden, die nicht explizit genannt werden, und Zusammenhänge zwischen ihnen herstellen
gegenüberstellen		mehrere Sachverhalte, Probleme oder Aussagen skizzieren und argumentierend gewichten
vergleichen		auf der Grundlage von Kriterien Gemeinsamkeiten, Ähnlichkeiten und Unterschiede, gegliedert darstellen
widerlegen		Argumente anführen, dass eine These oder eine Position nicht haltbar ist
Anforderungsbereich III	beurteilen	aufgrund ausgewiesener Kriterien zu einem Zusammenhang ein triftiges Sachurteil fällen
	bewerten Stellung nehmen	unter Offenlegung der eigenen normativen Maßstäbe zu einem Sachverhalt, Problem oder einer These ein begründetes und nachvollziehbares Werturteil fällen
	entwickeln	gewonnene Analyseergebnisse synthetisieren, um zu einer eigenen Deutung zu gelangen
	diskutieren erörtern	zu einer Problemstellung oder These eine Pro- und Contra-Argumentation entwickeln, die zu einer begründeten Bewertung führt
	prüfen überprüfen	Aussagen (Hypothesen, Behauptungen, Urteile) auf der Grundlage eigenen Wissens beurteilen
	interpretieren	Sinnzusammenhänge aus Quellen erschließen und eine begründete Stellungnahme abgeben, die auf einer Analyse, Erläuterung und Bewertung beruht

4 Aufgabenbeispiele

4.1 grundlegendes Anforderungsniveau

Aufgabe I: Die Goldhagen Kontroverse

Niveau	grundlegend
Aufgabenart	Erörtern von Erklärungen historischer Sachverhalte aus Darstellungen
Semesterthema	Staat und Nation in der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts
Schwerpunkt	Zeit des Nationalsozialismus (a) Von der Ausgrenzung zur Vernichtung: Die nationalsozialistische Judenpolitik 1933 bis 1945 (b) Kontroversen zur Geschichte des NS-Staates und zum Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit
Quelle	Einheitliche Prüfungsanforderungen in der Abiturprüfung Geschichte. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 01.12.1989 i. d. F. vom 10.02.2005

Erörtern Sie die These Goldhagens. Bearbeiten Sie dabei folgende Aufgaben:

1. Fassen Sie die Auffassung Goldhagens strukturiert zusammen.(M 1). (30 %)

2. Erläutern Sie unter Verwendung Ihrer Kenntnisse zu den nationalsozialistischen Massenverbrechen die in M 1, Z 1 aufgestellte Behauptung. (40 %)

3. Diskutieren Sie – ausgehend von Manoscheks Auffassungen (M 2) – Goldhagens These, wie sie in M 1, Z 21 ff. zum Ausdruck kommt. (30 %)

Material

M1:

Daniel Jonah Goldhagen über die Ursache des Holocaust:

Der amerikanische Politologe Daniel Jonah Goldhagen hat sich in seiner Dissertation intensiv mit der Rolle der Deutschen im Holocaust beschäftigt. Die von ihm in seiner 1996 veröffentlichten Forschungsarbeit vertretenen Thesen führten zu einer intensiven Diskussion in der Fachwissenschaft und in der historisch interessierten Öffentlichkeit.

Aus urheberrechtlichen Gründen kann der Text hier leider nicht zur Verfügung gestellt werden. Sie finden ihn online unter:

http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/1989/1989_12_01-EPA-Geschichte.pdf.

M2:

Walter Manoschek zur These Goldhagens:

Der Politikwissenschaftler Walter Manoschek, Jg. 1957, hat sich in seinen Forschungen intensiv mit dem Holocaust beschäftigt. In der Diskussion um die Thesen Goldhagens äußerte er die nachstehende Position.

5 Goldhagen bietet als Erklärungsangebot die sensationsträchtige These, daß der Holocaust als „nationales Projekt“ nahezu aller Großdeutschen umgesetzt wurde, die allesamt mit dem propagierten Vernichtungsantisemitismus des NS-Regimes übereinstimmen. Diese Analyse ist eindimensional und in ihrer deterministischen Ableitung sicher nicht haltbar. Damit kann weder der Genozid an den Sinti und Roma oder die willfährige Mitwirkung von Ukrainern, Letten, Kroaten und Rumänen am Judenmord erklärt werden. Goldhagen reduziert zudem den nationalsozialistischen Rassismus auf das destruktivste und schrecklichste Kapitel – den Holocaust – und unterschlägt, daß die nationalsozialistische rassistische Utopie sich nicht da-
10 rauf beschränkte und auch die Ausmerzungen aller Behinderten und Erbkranken, die Sterilisierung von Homosexuellen und „biologisch Unerwünschten“ beinhaltete.

Mit Goldhagens monokausaler These vom tief verankerten Vernichtungswunsch der Großdeutschen wird man der Judenvernichtung nicht gerecht. Der jahrhundertelange Antisemitismus als integraler Teil der politischen Kultur war eine notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung für den Holocaust. Antisemitismus in all seinen religiösen, ökonomischen und rassistischen Schattierungen, Autoritätshörigkeit, Gruppendruck, Angst, mangelnde Zivilcourage, Karrieremotive, Bereicherung, schrankenloses Machtgefühl der „Herrenrasse“ oder einfach Desinteresse am Schicksal der Juden verschmolzen zu einem Amalgam¹, das die systematische Umsetzung des Vernichtungsprozesses erst ermöglichte.

aus: Walter Manoschek: Der Judenmord als Gemeinschaftsunternehmen. In: Julius H. Schoeps (Hrsg.): Ein Volk von Mördern? Die Dokumentation zur Goldhagen-Kontroverse um die Rolle der Deutschen im Holocaust, Hoffmann und Campe, Hamburg 1996, ISBN 3-455-10362-6, S. 157-158
Copyright © 1996 by Hoffmann und Campe Verlag Hamburg

¹ Amalgam - feste Verbindung, Legierung

Erwartungshorizont

Die Prüflinge weisen nach, dass sie verschiedene Deutungen eines Sachverhaltes erörtern können. Dies zeigen sie durch folgende Kompetenzen:

- Die in den Materialien enthaltenen Argumente werden korrekt erfasst und problembewusst angewendet.
- Sie analysieren die Begründungen der beiden Autoren, wägen sie gegeneinander ab und ermitteln das Für und Wider der gegebenen Positionen.
- Sie untersuchen, inwieweit die These Goldhagens historische Ereignisse, Prozesse oder Strukturen erklärt.
- Die Prüflinge beurteilen die Tragfähigkeit der gegebenen theoretischen Erklärungen. Dabei gehen sie auf Folgen der Positionen für die Beurteilung von Geschichte ein.

zur Teilaufgabe 1 (AFB I)

Die Prüflinge analysieren Goldhagens Position und die Begründungen, die er dafür angibt:

- Sie geben strukturiert und mit eigenen Worten wieder, wie Daniel J. Goldhagen seine Auffassung zur besonderen Form des deutschen Antisemitismus darlegt.
- Sie zeigen auf, dass Daniel J. Goldhagen das Motiv der am Holocaust beteiligten Täterinnen und Täter einzig in einer deutschen Sonderform des Antisemitismus sieht.

zur Teilaufgabe 2 (AFB II)

- Die Prüflinge wählen aus ihren Kenntnissen zum Holocaust historische Sachverhalte aus, z. B. freiwillige Beteiligung an Einsatzgruppen und Mordaktionen, Missbrauch von Häftlingen zu medizinischen Experimenten, aktive Beteiligung an Deportationen und Selektionen.
- Im Zusammenhang damit bestätigen sie begründet die Aussage Daniel J. Goldhagens im ersten Satz.

zur Teilaufgabe 3 (AFB III)

- Die Prüflinge analysieren die Argumente Manoscheks und erläutern mit Hilfe der aus dem Unterricht bekannten historischen Sachverhalte, mit denen er seine Auffassung stützt, dass Goldhagens monokausale Erklärung zur Motivation der Täterinnen und Täter nicht hinreichend sei.
 - Sie gehen dabei auf den Hinweis ein, dass der nationalsozialistische Rassismus nicht auf den Holocaust beschränkt werden dürfe und belegen mit Hilfe der Argumente von Walter Manoschek die Grenzen der Position von Daniel J. Goldhagen (z. B. können mit den Thesen von Daniel J. Goldhagen die Völkermorde an Sinti und Roma ebenso wenig erklärt werden wie die Beteiligung von Nichtdeutschen am Holocaust).
 - Die Prüflinge wägen dabei die Stichhaltigkeit von Daniel J. Goldhagens These bezüglich der Motive der Täterinnen und Täter ab, indem sie darlegen, dass der nationalsozialistische Rassismus nicht auf den Holocaust beschränkt werden kann.
 - Sie verweisen dabei auch auf andere als in den Materialien enthaltene Argumente, z. B. auf das nationalsozialistische System als Grundlage für den Holocaust.

Bewertungskriterien für die Noten „gut“ und „ausreichend“

Die Note „gut“ wird erreicht, wenn die Prüflinge die in den beiden vorliegenden Darstellungen enthaltenen Thesen und ihre jeweilige Argumente vollständig erfassen und strukturiert wiedergeben. Sie erörtern diese, indem sie die Argumente nachvollziehbar auf ihre Stichhaltigkeit hin abwägend prüfen und auf dieser Grundlage eine eigene Stellungnahme entwickeln. Bei der Dekonstruktion der gegebenen Deutungen orientieren sie sich an den vorliegenden Teilaufgaben. Sie nutzen zur Prüfung der Thesen sicheres Fachwissen zum Problemfeld „Holocaust“.

Beide Deutungen werden von den Prüflingen insgesamt gründlich beurteilt. Sie erfassen und bewerten sicher die Perspektiven und Absichten der Autoren.

Die Note „ausreichend“ wird erreicht, wenn die Prüflinge die in den beiden Darstellungen enthaltenen Thesen und Argumente in den Grundzügen erfassen. Diese werden ansatzweise erörtert und zu einer eigenen Stellungnahme geführt. Bei der Dekonstruktion der gegebenen Deutung lehnen sie sich an den vorliegenden Teilaufgaben an. Sie benutzen zur Prüfung der Argumente vor allem Fachwissen zum Problemfeld „Holocaust“, das aber nicht in allen Teilen klar und differenziert ist.

Sie beurteilen ansatzweise, inwieweit beide Deutungen den Holocaust hinreichend erklären. Dabei erkennen sie Perspektiven und Absichten der Verfasser in ihren Grundzügen und werten diese knapp.

4.1 grundlegendes Anforderungsniveau

Aufgabe II : Die Reichstagsdebatte um das Unfallversicherungsgesetz

Niveau	grundlegend
Aufgabenart	Interpretieren von Quellen
Semesterthema	Modernisierung in Wirtschaft und Gesellschaft
Schwerpunkt	Die soziale Frage a) Erscheinungsformen b) Lösungsansätze

1. Fassen Sie den Inhalt der beiden Quellen M1 und M2 strukturiert zusammen. (30 %)
2. Erläutern Sie – ausgehend von Ihren Arbeitsergebnissen zu 1. – die jeweiligen Motive für die Zustimmung zum Unfallversicherungsgesetz und erklären Sie die Unterschiede in der Argumentation. (40 %)
3. Diskutieren Sie, welche der beiden Positionen mehr zur Lösung der sozialen Frage beitrug. (30 %)

Material

Im April 1881 wurde im Reichstag der erste Entwurf des Gesetzes über die Unfallversicherung diskutiert, das die Unternehmen der meisten Wirtschaftssektoren zwang, Versicherungen für eventuelle Arbeitsunfälle ihrer Arbeiter abzuschließen. Reichskanzler Otto von Bismarck verteidigte es gegen die scharfe Kritik der liberalen Opposition, während August Bebel, der Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands, zwar bemängelte, dass auch die Arbeiter einen Beitrag zahlen und auch nicht alle Wirtschaftssektoren in die Versicherung aufgenommen werden sollten, grundsätzlich aber zustimmte. Im Folgenden Auszüge aus beiden Reden.

M1:

Aus Bismarcks Rede, 2. April 1881:

[...] Das Feld der Gesetzgebung, welches mit diesem Gesetz betreten wird, und von dem der Herr Vorredner¹ ganz mit Recht urtheilt, daß es noch eine sehr weite Perspektive hat, die vielleicht auch gemäßigte Sozialdemokraten milder in ihrem Urtheil über die Regierung stimmen kann – dieses Feld, welches hiermit betreten wird, berührt eine Frage, die wahrscheinlich von der Tagesordnung sobald nicht kommen wird. [...] Seit dem Sozialistengesetz ist immer an mich die Mahnung herangetreten [...], es müsse auch positiv etwas geschehen, um die Ursachen des Sozialismus, insoweit ihnen eine Berechtigung beiwohnt, zu beseitigen; [...] ich glaube nicht, dass mit der sozialen Frage, die seit 50 Jahren vor uns schwebt, unsere Söhne und Enkel vollständig ins reine kommen werden. Keine politische Frage kommt überhaupt zu einem vollständigen mathematischen Abschluß, daß man Bilanzen nach den Büchern ziehen kann; sie stehen auf, haben ihre Zeiten und verschwinden schließlich unter anderen Fragen der Geschichte, das ist der Weg einer organischen Entwicklung. [...]

Der Herr Abgeordnete Richter¹ hat auf die Verantwortung des Staates für das, was er thut, auf dem Gebiet, das er heute betritt, aufmerksam gemacht. Nun meine Herren, ich hab das Gefühl, daß der Staat auch für seine *Unterlassungen* verantwortlich gemacht werden kann. Ich bin nicht der Meinung, daß das „laissez faire, laissez aller“², [...], „wer nicht stark genug ist zu stehen, der wird niedergerannt und zu Boden getreten“, „wer da hat, dem wird gegeben, wer nicht hat, dem wird genommen“ – daß das im Staat, namentlich in dem monarchischen landesväterlich organisierten Staat Anwendung finden könne [...]

Es fragt sich da, ist diese Differenz³ des damit erstrebten Zieles werth, daß der Arbeiter eine würdigere und reichlichere Verpflegung hat [...]? Ich glaube dies im höchsten Maße bejahen zu können. Vor dem Verhungern ist der invalide Arbeiter durch unsere heutige Armengesetzgebung geschützt. [...] Das genügt aber nicht, um den Mann mit Zufriedenheit auf sein Alter und seine Zukunft blicken zu lassen, und es liegt in diesem Gesetze auch die Tendenz, das Gefühl menschlicher Würde, welches auch der ärmste Deutsche meinem Willen nach behalten soll, wach zu erhalten, daß er nicht rechtlos als reiner Almosenempfänger dasteht, sondern daß er ein Pekulium⁴ an sich trägt, über das niemand außer ihm verfügen kann [...] Also sage ich, wir haben das Bedürfniß, in diesem Gesetze auf eine menschenwürdige Behandlung zunächst dieser Sorte von Armen zu wirken [...] Aber zunächst ist dieses Gesetz gewissermaßen eine Probe, die wir machen, und auch eine Sonde, wie tief das Wasser finanziell ist, in das wir Staat und Land vorschlagen hineinzutreten. [...]

¹ Gemeint ist der liberale Abgeordnete Eugen Richter (1838–1906)

² laissez faire, laissez aller (frz.) – „machen lassen, gehen lassen“; Grundsatz des liberalen Nachtwächterstaates

³ Gemeint ist die Differenz zwischen den Belastungen durch die bisherige Armenfürsorge und die Haftpflicht für Arbeitsunfälle auf der einen und denen, die das neue Gesetz einführen will, auf der anderen Seite.

⁴ Pekulium – Einkommen eines Strafgefangenen, auf das er – im Unterschied zu einem Almosen – einen festen Rechtsanspruch hat

35 Die Aufgabe der Regierung ist es, den Gefahren [...] ruhig und furchtlos ins Auge zu sehen, aber auch die Vorwände, die zur Aufregung der Massen benutzt werden, die sie für verbrecherische Lehren gelehrig machen, so viel an uns ist, zu beseitigen. [...] Ist dies Kommunismus, wie der Herr Vorredner¹ sagte, [...] so ist das mir wiederum gleichgültig, ich nenne es [...] praktisches Christentum in gesetzlicher Bethätigung.

aus: Verhandlungen des Reichstages, Bd. 62: 1881, Berlin 1881, S. 711–715, gekürzt, Hervorhebung im Original.

M2:

Aus Bebels Rede, 4. April 1881:

5 [...] Es dürfte [...] die Thatsache zutage treten, daß der Herr Reichskanzler [...] heute die Erfahrung macht, daß er bei uns für seinen Entwurf bis zu einem gewissen Grade eine Unterstützung findet, die ihm selbst in diesem Falle nicht so unangenehm sein dürfte. [...] Er bedarf dringend einer Unterstützung, [...] und wir wollen ihm diese, soweit es uns möglich ist, unsererseits angedeihen lassen. Ja, meine Herren, wir wollen ihm und Ihnen sogar nach besten Kräften dazu helfen, die positiven Bestrebungen, die zur Bekämpfung der Sozialdemokratie durch diesen Gesetzentwurf erreicht werden sollen, zu fördern, damit Sie zu einem gedeihlichen Ziel kommen. (Heiterkeit) [...]

10 Meine Herren, ich komme nun zunächst zu den Motiven dieses Gesetzentwurfs. [...] Da heißt es, [...] daß der gegenwärtig uns vorliegende Gesetzentwurf seine Existenz [... den] bei Beratung des Gesetzes vom 21. Oktober 1878, betreffend die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, abgegebenen Versprechen, nämlich auch für positive Maßregeln zum Wohl der Arbeiter zu sorgen und damit die Sozialdemokratie zu bekämpfen, seinen Ursprung verdanke. Meine Herren, das freut uns ganz außerordentlich, denn damit ist ja bewiesen, daß wir eigentlich die Urheber dieses Gesetzentwurfs sind (Sehr richtig! links, Heiterkeit) und das wird bei den deutschen
15 Arbeitern einen gar nicht ungünstigen Eindruck machen; das versichere ich Sie. Und wenn Sie im weiteren Verlauf Ihrer Thätigkeit noch ein paar Dutzend ähnlicher Gesetzentwürfe bringen, so wird uns auch dies nicht schaden; auch werden wir, solange Mitglieder von uns in diesem Hause sitzen, [...] sachlich und objektiv die Gesetzentwürfe prüfen, und sobald wir glauben, daß wirklich die Versprechungen, die gemacht worden sind, erfüllen können, denselben auch zustimmen. Zu meinem
20 Bedauern muß ich nun allerdings erklären, daß ich in dieser Hinsicht gegen den vorliegenden Gesetzentwurf sehr erhebliche Bedenken geltend zu machen habe. Ich hoffe aber, daß alle diejenigen, welche mit der Meinung der Regierung übereinstimmen, die Sozialdemokratie positiv zu bekämpfen, auch unsere Bestrebungen unterstützen werden, die darauf hinausgehen, diese Waffen gegen die Sozialdemokratie noch bedeutend zu verbessern und zu verschärfen, [...] d. h. dem
25 Gesetzentwurf eine solche Gestalt zu geben, daß er auch wirklich in umfassendem Grade zur positiven Bekämpfung der Sozialdemokratie beiträgt. (Heiterkeit.) [...]

aus: Verhandlungen des Reichstages, Bd. 62: 1881, Berlin 1881, S. 744 – 756, gekürzt.

Erwartungshorizont

In der ersten Teilaufgabe (AFB I) formulieren die Prüflinge, die zentralen Aussage beider Redeausschnitte. Die erwartbaren Gesichtspunkte werden im Folgenden stichpunktartig genannt. Auch hier nicht erwähnte Aspekte können positiv bewertet werden, wenn sie innerhalb der Darstellung sinnvoll und zielführend sind.

Bismarck:

- Unfallversicherung als erste der drei Sozialversicherungen Bismarcks,
- Lösung der sozialen Frage als langfristige, letztlich unlösbare Aufgabe,
- Forderung, die Sozialdemokratie auch „positiv“ zu bekämpfen, das heißt, indem man ihnen die Themen nimmt,
- Ablehnung des liberalen Nichteinmischungsprinzips, Pflicht des Staates zu handeln,
- Mehrkosten seien zu tragen, um invaliden Versicherungsnehmern ein menschenwürdiges Leben aus eigenem Recht zu ermöglichen,
- Das Unfallversicherungsgesetz als Erprobung, was und wie viel sozialpolitisch möglich wäre,
- Gefahren der sozialen Frage: die revolutionären Bestrebungen der Sozialdemokratie,
- Vorwurf, Sozialgesetzgebung sei Kommunismus; in Wahrheit sei es sie praktisches Christentum.

Detailkenntnisse zum Unfallversicherungsgesetz und den anderen Sozialversicherungen werden nicht verlangt, ebenso wenig zu den Gründen, aus denen die Liberalen sie ablehnten.

Bebel:

- Unfallversicherungsgesetz stieß auf Ablehnung, Sozialdemokraten wollen Bismarck unterstützen,
- Sozialistengesetz, das alle Betätigung der Partei außerhalb des Parlaments verbot,
- Bekämpfung der Sozialdemokratie als (einzig genanntes) Motiv des Gesetzes,
- ironische Zustimmung zu diesem Ziel Bismarcks,
- Aufforderung, weitere Gesetze zur Sozialpolitik vorzulegen,
- Andeutung, die Sozialdemokratie könnte die Regierung unterstützen,
- noch Ablehnung des konkreten Gesetzes wegen Detailfragen, die im Einleitungstext genannt sind.

In der zweiten Teilaufgabe (AFB II) erläutern die Prüflinge die doppelte Motivation Bismarcks für seine Sozialversicherungen, die im Text identifiziert werden: Neben der Bekämpfung der Sozialdemokratie (Z. 3 und 6) das Christentum (Z. 36) und die Fürsorgepflicht des Staates (Z. 18). Hier müsste auf den Begriff des „landesväterlich organisierten Staats“ eingegangen werden. Als sehr gut wäre es zu bewerten, wenn ein Prüfling abwägen würde, welches Motiv wohl im Vordergrund stand.

Bei Bebel wäre vor allem die allgemeine Verbesserung der Lage der Arbeiter zu nennen. Sehr gut, wenn ein Prüfling auf die Spannung zwischen Bebels Drängen nach weiteren sozialen Reformen und dem auf eine Revolution abzielenden, marxistisch geprägten Gothaer Programm von 1875 eingehen würde. Da die Sozialdemokraten keine christliche Partei waren und die monarchische Verfassung des ihnen feindlich gegenüberstehenden Staates ablehnten, ging es ihnen nur um die Verbesserung der Lage der Arbeiter, während zu Bismarcks Selbstverständnis Christentum und paternalistische Fürsorge des Staates gehören, für die er sogar den Vorwurf des Kommunismus einsteckt.

In der dritten Prüfungsaufgabe (AFB III) wird eine vernünftig gegliederte Diskussion erwartet: Dafür, dass die staatliche Sozialgesetzgebung bedeutender war, spricht, dass die Sozialdemokratie bis 1918 keinen direkten Einfluss nehmen konnte, dass neben den Versicherungen auch andere Schutzgesetze erlassen wurden (z.B. im Kinderschutz, Detailkenntnisse werden hier nicht verlangt) und dass die Sozialdemokratie nach ihrer revolutionären Programmatik an konkreten Verbesserungen nicht vorrangig interessiert war. Gut, wenn ein Prüfling auf Bismarcks These in Z. 9 zurückkommt, dass es eine Lösung der sozialen Frage gar nicht geben könne. Für eine größere Bedeutung der Sozialdemokratie spricht, dass es ohne sie die Sozialgesetzgebung wohl nur in deutlich abgeschwächter Form gegeben hätte, dass die Versicherungsleistungen immer noch kein würdiges Leben ermöglichten und dass die entscheidenden sozialpolitischen Schritte eben erst nach dem Sturz der Monarchie und mit einer Regierungsbeteiligung der SPD kam. Erwartet wird eine Abwägung der Argumente gegeneinander, an deren Ende der Prüfling zu einem eigenen, begründeten und differenzierten Urteil kommt.

Bewertungskriterien für die Noten „gut“ und „ausreichend“

Die Note Gut setzt folgenden Leistungen voraus:

Der Prüfling fasst den Inhalt der beiden Quellen strukturiert zusammen, ordnet sie in den historischen Zusammenhang ein und führt dabei die überwiegende Zahl der oben genannten Aspekte an. Er erläutert zutreffend die Motive Bismarcks und Bebels und erklärt die Unterschiede mit dem unterschiedlichen weltanschaulichen Hintergrund der beiden Redner. Er führt sowohl Argumente für eine größere Bedeutung der staatlichen Sozialpolitik als auch solche an, nach denen der Sozialdemokratie größere Bedeutung zukomme, und kommt zu einem eigenen, abgewogenen und differenzierten Urteil. Er äußert sich sprachlich weitgehend korrekt und wendet Fachbegriffe sinnvoll an.

Die Note Ausreichend setzt folgenden Leistungen voraus:

Der Prüfling hat den Inhalt der beiden Quellen im Ganzen erfasst und führt dabei etwa die Hälfte der oben genannten Aspekte an. Er nennt richtig je ein Argument Bismarcks und Bebels und gibt eine noch nachvollziehbare Vermutung über die Unterschiede ab. Er beantwortet die Frage, wer eine größere Bedeutung hatte, noch nachvollziehbar. Die Ausführungen sind im Ganzen noch nachvollziehbar gegliedert, die Wortwahl ist noch angemessen.

4.2 erhöhtes Anforderungsniveau

Aufgabe I: Die Frontier

Aufgabenart	Erörtern von Erklärungen historischer Sachverhalte aus Darstellungen
Semesterthema	Lebenswelten und Weltbilder in verschiedenen Kulturen
Schwerpunkt	Kulturkontakte – gegenseitige Bereicherung oder clash of civilizations? (a) Was ist Kultur, was ist kulturelle Identität? (b) Die europäische Expansion: Ursachen, Formen und Folgen

1. Stellen Sie das Zusammenleben in einer durch Expansion entstandenen Mischgesellschaft Ihrer Wahl in wirtschaftlicher, kultureller, rechtlicher und politischer Hinsicht dar. (30 %)

2. Vergleichen Sie Osterhammels abstrakte Beschreibung der Frontier mit Ihrem historischen Beispiel. Untersuchen Sie dabei, ob und inwiefern die von Osterhammel beschriebenen Merkmale mit der von Ihnen dargestellten historischen Realität übereinstimmen oder von ihr abweichen. (40 %)

3. Diskutieren Sie, ob die Pioniere der europäischen Expansion, wie in Z. 40 angedeutet, als Musterbeispiele für „Unternehmungsgeist und Innovationsfreude“ positiv zu beurteilen sind. (30 %)

M1:

Jürgen Osterhammel über die Frontier:

Der amerikanische Historiker Frederick Jackson Turner hatte 1893 in einem vielzitierten Aufsatz die Besonderheiten der US-amerikanischen Gesellschaft mit der Erfahrung der Frontier erklärt. Damit meinte er die sich ständig verschiebende Grenzzone zwischen dem zivilisierten, von Weißen bewohnten, staatlich regierten Land und den als Wildnis bezeichneten Gebieten, in denen Indianer lebten. Diese Frontier, die wir auch als „Wilden Westen“ kennen, habe von der Ankunft der Pilgerväter 1620 bis 1890 bestanden, als es mit dem Ende der Indianerkriege keine weißen Flecken in der Staatlichkeit der USA mehr gegeben habe.

In der historischen Forschung zu Expansionen und Kulturkontakten wird der Begriff auch auf andere Zeiten und Räume übertragen, wie der Konstanzer Historiker Jürgen Osterhammel in seiner Geschichte des 19. Jahrhunderts erläutert:

Aus urheberrechtlichen Gründen kann der Text hier leider nicht zur Verfügung gestellt werden. Sie finden ihn jedoch in:

Jürgen Osterhammel: Die Verwandlung der Welt: Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts. C. H. Beck, München 2011, ISBN 3-406-58283-4, S. 471 – 473 („Muss man sich die Frontier ...“ bis „... von Grenzländern sprechen“)

Erwartungshorizont

Zur Teilaufgabe 1 (AFB I):

Die Prüflinge stellen strukturiert die gesellschaftliche Zusammensetzung und das Zusammenleben in einer Mischgesellschaft ihrer Wahl dar. Dabei gehen sie von der gewaltsamen Landnahme aus und beschreiben sowohl an konkreten Beispielen als auch begrifflich rechtliche Ungleichheiten, wirtschaftliche Ausbeutung, kulturelle Mischungs- oder Trennungsverhältnisse (Integration, Assimilierung, Marginalisierung oder Segregation) sowie die Herrschaft der europäisch-stämmigen Invasoren über die unterworfenen Nichteuropäer.

Auch hier nicht erwähnte Angaben können positiv bewertet werden, wenn sie innerhalb der Darstellung sinnvoll und zielführend sind.

Zur Teilaufgabe II (AFB II):

Der Prüfling wendet Osterhammels Darlegung auf das selbstgewählte Beispiel an und prüft unter Rückgriff auf seine Angaben zu Teilaufgabe 1), ob die folgenden Punkte zutreffen:

- großräumiges Territorium
- zwei kulturell und ethnisch unterschiedliche Gruppen
- Gewalt
- Austauschbeziehungen
- fehlende Staats- oder Rechtsordnung
- Invasion
- Interesse an Land oder Ressourcen
- private Initiative
- Labilität der Situation, gewaltsamer Zusammenbruch
- eine Mischgesellschaft
- ethnische Schichtung
- ökonomische Abhängigkeit
- Kulturbeziehungen (sehr gut, wenn hier auf Urs Bitterlis Unterscheidung der drei Formen von Kulturkontakten eingegangen wird)
- Konflikte um Konzepte der Bodennutzung oder der Arbeitsorganisation
- Rechtfertigungsmuster.

Abschließend wird eine plausible und differenzierte Antwort der Untersuchungsfrage erwartet, ob die dargestellte Mischgesellschaft als Frontier-Situation beschrieben werden kann. Auch hier nicht erwähnte Angaben können positiv bewertet werden, wenn sie innerhalb der Darstellung sinnvoll und zielführend sind.

Zur Teilaufgabe II (AFB II):

Der Prüfling nennt Aspekte, die für eine positive Wertung der Pioniere sprechen, etwa das hohe persönliche Risiko, in einem staatlich nicht durchgängig geschützten Raum aus dem Nichts etwas aufzubauen, die Entbehrungen, die dabei in Kauf genommen wurde, und die subjektive Überzeugung, den Indigenen durch Missionierung und Zivilisierung etwas Gutes zu tun. Als gegenläufiger Aspekte werden etwa der grundsätzlich räuberische Charakter der Landnahme, die offenkundigen materiellen Interessen und oft die Grausamkeit des Vorgehens gegen die Indigenen genannt. Alle Aspekte müssen mit historischen Beispielen konkret unterfüttert sein. Erwartet wird eine differenzierte Abwägung der Argumente gegeneinander, an deren Ende der Prüfling zu einem eigenen, begründeten Urteil kommt.

3.4. Bewertungskriterien für die Noten „gut“ und „ausreichend“

Die Note „gut“ setzt voraus, dass der Prüfling

- eine Mischgesellschaft seiner Wahl differenziert und sachlich weitgehend zutreffend anhand der genannten Kategorien darstellt und dabei auf sicheres Fachwissen zurückgreift
- die ganz überwiegende Mehrzahl der aufgeführten Aspekte aus Osterhammels Text sinnvoll auf die von ihm gewählte Mischgesellschaft anwendet und die Untersuchungsfrage differenziert und plausibel beantwortet
- sowohl Argumente für als auch gegen eine Heroisierung der Pioniere anführt, sie gegeneinander abwägt und zu einem eigenen, nachvollziehbaren Urteil kommt
- sich strukturiert und sprachlich weitgehend korrekt äußert und sinnvoll Fachbegriffe anwendet.

Die Note „ausreichend“ setzt voraus, dass der Prüfling

- eine Mischgesellschaft seiner Wahl im Allgemeinen zutreffend charakterisiert und dabei mindestens zwei der genannten Kategorien verwendet
- die Mehrzahl der aufgeführten Aspekte aus Osterhammels Text im Ganzen sinnvoll auf die von ihm gewählte Mischgesellschaft anwendet und zu einer nachvollziehbaren Antwort auf die Untersuchungsfrage kommt
- anhand eines historischen Fallbeispiels mehrere Aspekte des Texts im Ganzen zutreffend erläutert
- ein insgesamt nachvollziehbares, begründetes Urteil zur Heroisierung der Pioniere formuliert
- seine Ausführungen im Ganzen noch nachvollziehbar gegliedert hat und seine Wortwahl noch angemessen ist.

4.2 erhöhtes Anforderungsniveau

Aufgabe II: Danton fordert die Einsetzung einer provisorischen Regierung

Niveau	erhöht
Aufgabenart	Interpretieren von Quellen
Semesterthema	Macht und Herrschaft in der europäischen Geschichte
Schwerpunkt	Die Französische Revolution a) Trägerschichten, Clubs und Parteien b) Die Terrorherrschaft 1793–1794

1. Stellen Sie im Überblick die Probleme dar, mit denen die französische Republik im Sommer 1793 zu kämpfen hatte. (30 %)
2. Interpretieren Sie die Quelle M1 und ordnen Sie sie in den historischen Hintergrund ein. (40 %)
3. Diskutieren Sie – ausgehend von der Auffassung Gerd van den Heuvels – Dantons Forderung, den Wohlfahrtsausschuss als provisorische Regierung einzusetzen. (30 %)

Material:

M1:

Georges Danton (1759-1794), im Sommer 1793 Präsident des Nationalkonvents, ergriff hier am 1. August 1793 das Wort, um wichtige Forderungen zu stellen:

5 [...] Durch die Annahme der Verfassung hat das Volk sich dazu verpflichtet, als Ganzes gegen seine Feinde vorzugehen. Nun gut, seien wir schrecklich [franz.: soyons terribles], führen wir Krieg wie die Löwen. Warum stellen wir nicht eine provisorische Regierung auf, die durch kraftvolle Maßnahmen die nationale Energie unterstützt? [...]

10 Die Regierung verfügt über keinerlei Machtmittel. Bis die Verfassung in Kraft gesetzt wird und damit dies geschehen kann, muss der Wohlfahrtsausschuss als provisorische Regierung eingesetzt werden; die Minister sollen von nun an nur die ersten Agenten dieses Regierungsausschusses sein. [...] Ich habe schon einmal gesagt, dass Sie verantwortlich für die Freiheit sind, und wenn sie das leisten können, und nur dann, werden Sie den Segen und die Dankbarkeit des Volkes erhalten. Diesem Regierungsausschuss müssen hinreichende Geldmittel zur Verfügung gestellt werden für seine politischen Ausgaben, zu denen die Falschheit und der Verrat unserer Feinde uns zwingen. [...]

15 Nach der Ernte muss jede französische Gemeinde ein Kontingent an Männern aufstellen, die umso freiwilliger zu den Waffen eilen werden, als das Ende des Feldzugs bevorsteht. Bei einem Volk, das frei sein will, muss die ganze Nation marschieren, wenn seine Freiheit bedroht ist. Der Feind hat bisher nur unsere nationale Vorhut⁶ gesehen. Möge er schließlich das ganze Gewicht der vereinigten Anstrengungen dieser stolzen Nation fühlen!

20 Wir werden der Welt ein Beispiel geben, wie es noch kein Volk gegeben hat. Die französische Nation hat die Regierung gewollt, die es angenommen hat, und wehe dem Volk, das es nicht versteht, eine so feierlich beschworene Regierung zu verteidigen! Beachten Sie, wie man in der Vendée⁷ den Krieg mit mehr Energie führt als wir selbst! Die Gleichgültigen bringt man mit Gewalt zum Marschieren. Wir, die wir für die zukünftige Generationen wirken, wir, auf die die Welt blickt, warum betrachten wir mit kühler Tatenlosigkeit die Gefahren, die uns bedrohen? Warum haben wir noch nicht eine gewaltige Masse von Bürgern an die Grenzen zur Verteidigung geworfen? Schon entrüstet sich das Volk in mehreren Departements über diese Schlawheit, und es hat verlangt, dass man überall im Land die Sturmglocke läutet. Das Volk beweist mehr Energie als Sie. Die Freiheit findet sich immer bei der breiten Masse. Wenn Sie sich des Volkes würdig zeigen, dann wird es Ihnen folgen, und Ihre Feinde werden ausgerottet werden.

35 Ich verlange, dass der Konvent seinen Wohlfahrtsausschuss als provisorische Regierung einsetzt, dass die Minister nur die ersten Gehilfen dieser provisorischen Regierung sind, dass dieser Regierung 50 Millionen zur Verfügung gestellt werden, über die sie erst am Ende einer Sitzungsperiode abzurechnen braucht

⁶ Vorhut – kleinere militärische Einheit, die vor dem eigentlich Haupttheer marschiert, um die Lage zu erkunden oder wichtige Positionen zu besetzen.

⁷ In der Vendée in Westfrankreich gab es seit März 1793 einen blutigen Aufstand gegen die Pariser Revolutionsregierung.

40 Eine solch gewaltige Ausgabe für die Sache der Freiheit ist eine Investition, die
reichen Gewinn verspricht. Seien wir also großzügig und vor allem: seien wir
politisch. Wir haben in Frankreich einen ganzen Haufen Verräter zu entlarven, denen
wir das Handwerk legen müssen. Nun gut, eine anständige Regierung sollte daher
einen ganzen Haufen Agenten haben – und bedenken Sie, auf diesem Wege haben
45 wir ja mehrere kostbare Briefwechsel gefunden. Fügen Sie zur Gewalt der Waffen,
zur Entwicklung der nationalen Streitkräfte alle zusätzlichen Mittel hinzu, die gute
Geister uns vorschlagen. Es darf nicht sein, dass der hochmütige Minister eines
Despoten über mehr Einfallsreichtum und Geldmittel verfügt, als diejenigen, deren
Auftrag die Neuschaffung der Welt ist.

50 Ich stelle meine Forderungen im Namen der Nachwelt, denn, wenn Sie die Zügel der
Regierung nicht fest in die Hände nehmen, [...] verurteilen Sie die kommenden
Generationen zur Knechtschaft und zum Elend, und darum verlange ich, dass Sie
meinen Vorschlag unverzüglich annehmen. [...]

nach Georges Danton: Discours civiques. Online: http://www.inlibroveritas.net/lire/oeuvre13310.html#page_147 –
http://www.inlibroveritas.net/lire/oeuvre13310.html#page_150.

© In Libro Veritas, 2. November 2007.

Übersetzung von Philipp Heyde, 18. Juni 2012.

Dieses Werk ist frei, Sie können es gemäß den Festlegungen der Lizenz «Art Libre» weiterverbreiten und/oder modifizieren.

Ein Exemplar dieser Lizenz findet sich auf der Website von «Copyleft Attitude» <http://www.artlibre.org>.

M2:

Der Historiker Gerd van den Heuvel schreibt 1985 über den Terror in der Französischen Revolution:

[...] Nicht in dem Maße wie die objektive Bedrohung der Revolution, sondern in dem Umfang wie das Bewußtsein von einer allgegenwärtigen Gefährdung zunahm, kompensierte die *terreur* Zukunftsangst. Die psychologischen Phänomene der *emeutes populaires*¹, die Angst vor überall vermuteten, aber nirgends im Kern faßbaren oder durch exzessive Gewaltanwendungen zu verhindernden „Verschwörungen“, die ebenso vage blieben wie die Begriffe, mit denen die Verschwörer bezeichnet wurden (*aristocrates, moderés, agents de Pitt*², etc.) prägten das Bewußtsein der Volksbewegung und der Montagne gleichermaßen und verstärkten die Suche nach Sündenböcken, die Robespierre beispielsweise in den Unsicherheit und Furcht verbreitenden Journalisten entdeckte, die keine vorbehaltlose Regimetreue zeigten.

Die Angst vor dem Komplott, vor dunklen Machenschaften und perfektem zielgerichtetem Vorgehen mutmaßlicher Gegner entsprach kaum der Realität, wohl aber dem Bedürfnis des eigenen Bewußtseins. Das „Komplott“ und der latente „Schrecken“, in den es die Patrioten versetzte, rechtfertigte es nicht nur, gegen die evidente Konterrevolution, sondern auch die mögliche Revolutionsfeindlichkeit vorzugehen, nicht der Tat, sondern bereits dem nicht konformen Gewissen mit präventiver *terreur* zu begegnen. [...] Stellte jedoch die Verschwörung und ihre Bekämpfung durch *terreur* bis zum Sommer 1793 eine mögliche Interpretation der Revolution dar, so bildete diese Ideologie im Jahre II³ die *raison d'être*⁴ der Regierung [...] – erst jetzt kann von einem Terrorsystem gesprochen werden.

aus: Gerd van den Heuvel: *Terreur, Terroriste, Terrorisme*, in: Handbuch politisch-sozialer Grundbegriffe in Frankreich 1680- 1820. Heft 3. Oldenbourg, München 1985. ISBN 3-486-52731-2, S. 20-22

¹ *emeutes populaires* – Volksunruhen

² *aristocrates, moderés, agents de Pitt* – Aristokraten, Gemäßigte, Agenten des englischen Premierministers William Pitt (1759-1806)

³ Das Jahr II ging von September 1793 bis September 1794.

⁴ *raison d'être* - Rechtfertigung der Existenz

Erwartungshorizont

Aufgabe 1 (AFB I)

Erwartet wird eine vernünftig gegliederte Darstellung, die die wesentlichen Gefährdungen der Revolutionsregierung enthält, darunter den ersten Koalitionskrieg (preußische, österreichische und englische Truppen standen im Land), Attentate auf führende jakobinische Politiker (Marat, Robespierre), der in M1 erwähnte Aufstand in der Vendée und die wirtschaftlichen Probleme (Inflation der Assignaten, Hamsterung von Lebensmitteln). Auch hier nicht erwähnte Angaben können positiv bewertet werden, wenn sie innerhalb der Darstellung sinnvoll und zielführend sind.

Aufgabe 2 (AFB II)

Es wird eine vernünftig gegliederte Quelleninterpretation unter angemessener Verwendung der Fachsprache und in indirekter Rede erwartet. Die Ausführungen sollten folgende Angaben enthalten: Ein führender jakobinische / Montagnard-Politiker verlangt in einer öffentlichen Rede vor dem Konvent die Einsetzung des Wohlfahrtsausschusses als provisorische Regierung, die kurz darauf tatsächlich erfolgte. Nach Annahme der Verfassung müsse der Kampf gegen innere und äußere Feinde verschärft werden, in Z. 2 wird schon auf den Terror angespielt. Die Regierung sei schwach, weswegen eine Notstandsregierung notwendig sei, die mit Steuergeldern ausgestattet werden müsse. Der angebliche „Verrat der Feinde“ zwinge zu diesen Maßnahmen. „Nach der Ernte“ müsse es eine massenhafte Einberufung / levée en masse geben, angeblich verlange die Bevölkerung selber den verschärften Kampf gegen „Verräter“. Danton erwähnt geheime Briefwechsel (sehr gut, wenn hier auf die konspirative Korrespondenz Ludwigs XVI. mit den Exilanten eingegangen wird), die Revolutionäre trügen Verantwortung für die Zukunft der Welt.

Aufgabe 3 (AFB III)

Es wird eine sinnvoll strukturierte Diskussion erwartet, die Van den Heuvels These, wonach Ursache des Terrors in der Hauptsache Paranoia und Verschwörungstheorien gewesen seien, gegen die zu Aufgabe 1 aufgeführten realen Gefahren und Dantons Argumente abwägt. Am Ende sollte der Prüfling zu einem eigenen, begründeten und differenzierten Urteil kommen.

Kriterien für „gut“ und „ausreichend“

Die Note „gut“ setzt voraus, dass der Prüfling

- die Probleme der Republik weitgehend vollständig darstellt,
- die Quelle weitgehend vollständig und fehlerfrei interpretiert, dabei Textbezüge nennt und eine sinnvolle historische Einordnung leistet,
- auf der Grundlage eines weitgehenden Verständnisses des Inhalts von M2 sowohl Argumente für als auch gegen Dantons Forderungen anführt und zu einem eigenen, abgewogenen und differenzierten Urteil kommt,
- sich strukturiert und sprachlich weitgehend korrekt äußert und sinnvoll Fachbegriffe anwendet.

Die Note „ausreichend“ setzt voraus, dass der Prüfling

- mindestens zwei der angeführten Probleme darstellt,
- den Inhalt der Quelle einigermaßen fehlerfrei wiedergibt und noch plausible Angaben zur historischen Einordnung macht,
- den Inhalt von M2 im Ganzen noch erfasst hat und zu einem eigenen, begründeten Urteil über Dantons Forderung kommt,
- seine Ausführungen im Ganzen noch nachvollziehbar gegliedert hat und seine Wortwahl noch angemessen ist.